

## **Stadt Rösrath empört Bürger durch bedenkenlosen Bauleitplan 89**

### **20 Meter hohe Industrie-Bebauung soll Idylle Lehmbachs zerstören**

**Anwohner: „Unnötig, einseitig, unausgegoren, schädlich und schockierend“**

„Es ist absolut schockierend und für jeden Bürger enttäuschend, was für ungeheuerliche, einseitige und bedenkenlose Planungen hinter Rathhaustüren entstehen können und dann völlig geräuschlos voran geschoben werden.“ Das ist das Fazit, das viele der 70 Teilnehmer einer improvisierten Informationsveranstaltung in Hoffnungsthal am Mittwochabend zogen. Das Thema, das die Bürger von Lehmach und Hoffnungsthal, aber auch in ganz Rösrath und teilweise Overath derzeit in Alarm versetzt hat, ist eine der Öffentlichkeit bislang verborgen gebliebene Bauleitplanung für das idyllische Sülztal im Norden von Lehmach, zwischen Hoffnungsthal und Untereschbach.

In eine Szenerie, in der bisher an den Abenden regelmäßig Rot- und Rehwild ähnen und in der Sülz sogar Biber gesehen worden sein sollen, soll auf 4,2 Hektar Planungsfläche in bis zu 20 Meter hoher Bauweise eine Fabrikanlage für Kunststoffe entstehen.

Dabei ist es exakt 1 Minute vor 12, denn die Einspruchsfrist gegen die erst jetzt bekanntgewordene Planung endet schon am 11. Juni! Trotz der erst vor Tagen begonnenen öffentlichen Diskussion über den Rösrather Bauleitplan 89 und das „Gewerbegebiet Lehmach Nord“ lagen bis Donnerstagmittag bereits die ersten ca. 200 Einsprüche von empörten Bürgern vor.

Angeführt werden für die einhellige Ablehnung der Anwohner folgende Gründe:

- Die Schwellenwerte für die Geräuschbelastung auf Grund bestehender Fertigungsanlagen werden bereits heute in der Nacht überschritten und am Tage beinahe erreicht.
- Das vorliegende Schallgutachten ist grob fehlerhaft, weil es von gravierend unzutreffenden Flächengrößen ausgeht.
- Die Mehrbelastung des Verkehrs durch verstärkten LKW-Verkehr wird nicht nur die Strecke von Lehmach zur A4 (Auffahrt Untereschbach) betreffen, sondern ganz Hoffnungsthal und Rösrath (Stadtmitte), auf Grund des LKW-Verkehrs zur A 3. Die Stadt selbst betont in ihren Aussagen zur Stadtentwicklung die Anbindung an die A 3.
- Ein Verkehrsgutachten wurde trotzdem nicht erstellt.
- Durch die vorgesehene Anschüttung der Baufläche wird entscheidend in die ausgewiesenen Überschwemmungsflächen der Sülz eingegriffen. Die bisherige Arbeit des Aggerverbandes zur Sanierung und Verbesserung wird zunichte gemacht, die Häuser auf der gegenüberliegenden Sülzseite werden wieder vermehrt Hochwasserrisiken ausgesetzt. Es käme zu einer Kehrtwende gegenüber der bisherigen Beurteilung der Sülzbogenproblematik.
- Die Belange der außerordentlich artenreichen und schützenswerten Tier- und Pflanzenswelt in diesem ökologisch wertvollen Gebiet werden in keiner Weise berücksichtigt, sondern vernichtet.

- Durch eine ansonsten im gesamten Stadtgebiet von Rösrath nicht vorkommende Bauhöhe von 20 Meter (zuzüglich Anschüttung) würde in einem unerträglichen Maße in ein besonders schönes und die gesamte Umgebung und die Stadt mit prägendes Landschaftsbild vernichtend eingegriffen.
- Die Ankündigung eines ökologischen Ausgleichs durch Pflanzungsmaßnahmen irgendwo „im Agger-Sülz-Korridor“ wird geradezu als Verhöhnung der Betroffenen empfunden.
- Da die ortsansässige Kunststofffabrik Paja bisher nicht in der Lage war, ihre Erweiterungsmöglichkeiten auf Grund des seit vier Jahren bestehenden Bebauungsplanes 55 zu nutzen, ergeben sich Zweifel, ob die jetzigen Planungsziele nur vorgeblich sind und als „trojanisches Pferd“ für andere Absichten benutzt werden sollen.
- Die Zahl an neu zu schaffenden Arbeitsplätzen stände in keinem akzeptablen Verhältnis zum Imageschaden der ganzen Stadt und zum erheblichen Wertverlust aller umgebenden Grundstücke – sowohl in Bezug auf Lebensqualität als auch in materieller Hinsicht.
- Es gäbe genügend weniger unverträgliche Alternativen für eine Industrieansiedlung in Rösrath (u. a. Gewerbegebiet Scharrenbroich)
- Anwohner sprechen bereits heute von einer auffallenden Häufung von Krebserkrankungen im Bereich Leimbach und bringen diese mit den Emissionen der bestehenden Kunststoffproduktion in Verbindung. Sie haben erst recht Angst vor einer Erhöhung der Risiken.
- Im Brandfall soll Löschwasser aus der Sülz entnommen werden. Dieses würde bei den Löscharbeiten hochgiftig zurück in den Fluß gelangen.
- Einem Gewerbetreibenden aus dem Gebiet Leimbach wurde vor wenigen Wochen von der Stadtverwaltung keinerlei Hoffnung auf gewerbliche Nutzung (maximal 10 Büroarbeitsplätze) eines neu zu bauenden frei stehenden Gebäudes gemacht, da die Auswirkungen bezüglich Verkehrsbelastung für die umgebenden Wohnobjekte nicht akzeptabel seien. Wenn in 100 Metern Entfernung nun ein Bebauungsplan Rechtskraft erlangen soll, der bei einer Bauhöhe von 20 Meter massive Belastungen bezüglich Verkehr, Schall, Natur mit sich bringt, spricht das einer rechtsstaatlichen Gleichbehandlung Hohn.

Die Anwohner sind verunsichert, enttäuscht und tief verärgert und bitten alle Bürger von Rösrath, sich ihrem Protest durch schnellstmöglichen Einspruch (wenn nicht schriftlich, dann per email oder im Internet über die Seite [www.roesrath.de](http://www.roesrath.de), Bauleitplanung, Antwort-Button) anzuschließen. Es geht um Schäden, die nicht wiedergutmachen wären und von denen man nicht begreifen kann, daß die Stadt sie derart bedenkenlos hinter ihre materiellen Motive zurückstellt.

Gerade auf Grund der hohen Eilbedürftigkeit bitten die Anwohner auch alle Medienvertreter darum, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um die bis heute größtenteils über die Sache uninformierte Öffentlichkeit ins Bild zu setzen.